

Datum:
10.04.2019

An den Vorsitzenden des
Seniorenrates

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Seniorenrat	30.04.2019	öffentlich
Sozial- und Gesundheitsausschuss	14.05.2019	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Bekanntmachung des Rechtsanspruches auf Grundsicherung und verstärkte Beratung der Berechtigten zur Bekämpfung von Armut im Alter (Antrag von Frau Huber vom 10.04.2019)

Beschlussvorschlag:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt zu empfehlen wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung

a) ein Konzept zur besseren Bekanntmachung des Rechtsanspruches auf Grundsicherung und verstärkter Beratung darüber, z.B.

- durch die in den bereits vorhandenen Stadtteilquartieren tätigen Sozialarbeiter/innen
- durch Einbeziehung der in den Stadtteilen vorhandenen sozial Tätigen anderer Akteure (z.B. Wohlfahrtsverbände, kirchliche Vereine usw.)
- durch Ausweitung der Quartierssozialarbeit auf andere Stadtteile
- durch Aufstockung der Anzahl der städtischen Sozialarbeiter/innen
- durch Erarbeitung von Informationsmaterial (Flyer, Info-Briefe usw.), das niederschwellig
- und in einfacher Sprache geschrieben sein muss
- durch öffentliche Publizierung des Anspruches (z.B. Tageszeitungen, Stadtteilzeitungen)

zu erarbeiten;

b) die Kosten für die Umsetzung des Konzeptes zu ermitteln und selbige in den Haushalt 2020 zur Beratung einzustellen.

Begründung:

Die zukünftige demografische Entwicklung und das damit verbundene Problem „Altersarmut“ ist allenthalben bekannt. Ein Gradmesser für die bereits vorhandene Altersarmut und für die zukünftige Armut im Alter ist die Zahl der Bezieher/innen von Grundsicherung im Alter und deren prognostizierte Entwicklung.

In Bielefeld haben 2015 2759 Menschen Grundsicherung im Alter erhalten (d.h. sie können mit ihrer Rente, falls sie welche bekommen, ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten). Nach Schätzungen der OECD ist bis zum Jahre 2030 in Deutschland an Grundsicherungsempfänger/Innen im Alter mit einem Anteil von bis zu 10% zu rechnen, d.h. für Bielefeld rd. 8.000 Personen. Gründe für den Anstieg sind u.a. Brüche in der Erwerbsbiografie, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Absenkung des Rentenniveaus, Änderungen im Familienrecht und -status.

Unabhängig davon ist in allen Veröffentlichungen (Altenbericht BRD und NRW, Studien der Bertelsmann-Stiftung) zu lesen, dass derzeit die Dunkelziffer bei diesem Thema bei rd. 50 % liegt; mit anderen Worten: rd. 50 % der Berechtigten stellen keinen Antrag auf Grundsicherung im Alter.

Als Gründe hierfür sind im Wesentlichen zu nennen: Unkenntnis der Menschen über ihren berechtigten Anspruch auf Grundsicherung und oft auch Schamgefühl (man schämt sich, zum Amt gehen zu müssen).

Und hier ist nach Meinung des Seniorenrates **die Stadt als Trägerin der Daseinsvorsorge gefordert**, den Menschen, die im wahrsten Sinne des Wortes unter Armut im Alter leiden, zu dem ihnen **gesetzlich zu stehenden Recht auf Grundsicherung im Alter zu verhelfen**.

Damit die dafür erforderliche stadtweite Aufklärung und Beratung in Zukunft erfolgt, stellt der Seniorenrat diesen Antrag.

Berichterstattung:

Frau Huber

Unterschrift:

gez. Huber
Stellvertretende Vorsitzende des Seniorenrates